

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

20. Dezember 2017

Sprecher
Gert Bork t 0281-64355
g.bork@t-online.de
www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Ausbau der BETUWE Güterzug-Trasse von Oberhausen bis Emmerich *Unsere Befürchtungen sind wahr geworden, Unfall von Meerbusch bestätigt uns*

- Es ist eingetreten, was laut Deutscher Bahn AG gar nicht eintreten kann.
- Wir wiederholen daher unsere Forderungen vom 9. September 2015 an den Verkehrsminister und den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Bezirksregierung als Verantwortliche für Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz. Unsere drei Briefe vom 16. Dezember 2017 anbei.
- Unrichtige Aussagen der Deutschen Bahn AG dürfen nicht länger ignoriert werden.

Die Bürgerinitiativen schlagen seit vielen Jahren immer wieder die Alarmglocken, weil die bestehenden und die geplanten Sicherheitsvorkehrungen für die BETUWE-Linie nicht ausreichend sind und auch nicht den versprochenen internationalen Standards entsprechen.

Unsere fundierten Schreiben an Innenminister, Verkehrsminister, Bezirksregierung oder den Kreistag Wesel und die spärlichen Antworten lesen Sie auf unserer Internetseite www.betuwe-gefahr.de. Leider muss erst eine Beinahe-Katastrophe wie in Meerbusch passieren, damit das Thema Sicherheit wieder in den Fokus kommt.

In Meerbusch mussten die Fahrgäste 54 Minuten warten, bis der Notfall-Manager der Deutschen Bahn AG erschien, und weitere 30 Minuten, bis der Strom abgeschaltet die Leitungen geerdet waren! Erst dann konnten die Feuerwehren und Rettungskräfte tätig werden. Nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn eine Explosion eines beschädigten Gefahrgut-Kesselwagens gedroht hätte. Oder bei Schwerstverletzten im Zug.

Der „Notfallmanager“ soll **spätestens** in 30 Minuten am Unfallort sein und selbst das wäre bei einem solchen Unfall schon viel zu spät. Wenn jetzt die Deutsche Bahn AG im Fernsehen – WDR 3, Sendung ‚Markt‘ vom 13. Dezember 2017 – mitteilt, ihre Verspätung läge an einer fehlenden Erlaubnis für Blaulicht-Fahrten, dann ist das nach WDR-Recherchen schlicht falsch - und für uns das Maß jetzt endgültig voll.

Das Problem der Stromerdung wird von der Deutschen Bahn AG trotz jahrelanger massiver Proteste ignoriert. Was im europäischen Ausland Standard ist, nämlich eine Stromabschaltung im Abstand weniger Kilometer, direkt am Gleis durch die Feuerwehr abschaltbar, gibt es auch in Deutschland, ist allerdings nach Angaben der DBAG nur an Tunneln vorgesehen. Damit wird hier entlang der Trasse in Kauf genommen, dass Lösch- und Rettungsarbeiten unverantwortlich lange verzögert werden. Das muss – zumindest an Trassen durch Wohngebiete – an der BETUWE-Linie ergänzt werden!

Mit beiliegenden Briefen fordern wir den neuen Verkehrsminister, den neuen Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen und die neue Regierungspräsidentin der Düsseldorfer Bezirksregierung auf, als Träger öffentlicher Belange endlich eine eigene Einwendung im Planfeststellungsverfahren zu machen. Die Aussage der vorigen Landesregierung, das Land und die Bezirksregierung seien gar nicht zuständig, muss endlich zurückgenommen werden. Es kann nicht sein, dass die kleinen Kommunen entlang des Gleises (als Vor-Ort-Verantwortliche für Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz) als Bittsteller einzeln und vom Land allein gelassen bei der Deutsche Bahn AG um Sicherheitstechnik nach heutigem Stand der Technik betteln müssen.

Die lokalen Feuerwehren fordern schon seit Jahren ebenfalls diese Maßnahmen, die auf einer Güterzugstrecke mit einem Gefahrgutanteil von 50% zweifelsfrei erforderlich sind. In den Niederlanden überhaupt kein Thema – alles wurde umgesetzt. Wo bleibt die Aufsicht über einen Gefahrenverursacher, der offensichtlich die von ihm verursachte Gefährdung beim Gleisausbau und sogar seine Regeln nicht kennt?

Wir, die Bürger am Niederrhein, appellieren an die Landesregierung, sich für die nötige Sicherheit in unseren Städten einzusetzen, bevor es zu spät ist. In den langen Jahren unseres Kampfes haben wir immer wieder deutlich gemacht, dass wir **nicht gegen** den Ausbau dieser Bahntrasse sind, aber eine Planung verlangen, die den heutigen Sicherheits- und Umweltstandards entspricht.